



Investitionsschutzabkommen Gefahr für die Demokratie?

Cyber-Forum 2015/II

Institut für Öffentliches Wirtschaftsrecht



Überblick

- **Das Problem**

- Rechtsschutz gegen staatliche Repressalien im globalen Kontext

- **Die Lösung**

- Bilaterale Investitionsschutzabkommen

- **Des einen Freud‘, des andren Leid**

- Beeinträchtigung demokratischer Gestaltungsmacht? Eine Betrachtung materiellrechtlicher Schutzstandards anhand des CETA-Entwurfs

- **Welches Problem?**

- Ist ein Investitionsschutz zwischen entwickelten Industrienationen erforderlich?



Das Problem

- Innerstaatlicher Rechtsschutz für ausländische Investoren
- Rechtsschutz in Entwicklungsländern?
- Löst der völkergewohnheitsrechtliche Eigentumsschutz das Problem?



Die Lösung

- Bilaterale Investitionsschutzabkommen
 - Individualrechtsschutz für Investoren
 - Unmittelbare Vollstreckbarkeit der Schiedssprüche (Art 54 Washington-Abk)
- EU-Kompetenz für „*ausländische Direktinvestitionen*“ (Art 207 AEUV)



Des einen Freud‘, des andren Leid

- Zu hohe materielle Schutzstandards?
- Einschränkung der demokratischen Gestaltungsmacht der nationalen Parlamente?
- Bedrohung für die Demokratie?
- „Regulatory Chill“?



Das „fair and equitable treatment“-Prinzip

- Beispiel: Art 2 Abs 1 Österreich-Tschechien-BIT (BGBl 513/1991)
- Subjektive Gerechtigkeitsvorstellungen als Maßstab?
- Verletzung des Legalitätsprinzips?
- Inhalt der Verpflichtung nach der Rechtsprechung der Schiedstribunale
 1. *Offenkundige Willkür*
 2. *Gezielte Diskriminierung von Investoren*
 3. *Missbräuchliche Behandlung von Investoren*
 4. *Verweigerung des Rechtsschutzes*
 5. ***Der Schutz legitimer Erwartungen***



Der Schutz legitimer Erwartungen

- Stabilität der Rechtsordnung
- Was sind „legitime Erwartungen“?
- Der Fall „TECMED gegen Mexico“ (ICSID ARB(AF)/00/2)
- Kritik am Fall „TECMED gegen Mexico“
- Prüfung der objektiven Berechtigung einer bestimmten Erwartungshaltung



"Fair and equitable treatment" im CETA-Entwurf (1)

- Kapitel 10, Art X.09 CETA-Entwurf
- Taxative Liste von schweren Mängeln der Rechtsstaatlichkeit (X.09.2)
- Der Schutz legitimer Erwartungen (X.09.4)
 - Keine Bezugnahme auf das staatliche Interesse an Gesetzesänderungen und Regulierungsmaßnahmen
 - In welchem Verhältnis steht X.09.4. zur taxativen Liste des X.09.2?
 - Inwiefern steht dem Schiedstribunal Ermessen zu?
- Ergänzung der Tatbestandsliste durch das „Trade Committee“ (X.09.3)



Enteignungen

- Direkte Enteignung – Indirekte Enteignung
 - Kapitel 10, Annex X.11.1, Annex X.11.2 CETA-Entwurf
- Was unterscheidet den völkerrechtlichen Enteignungsschutz von den nationalen Grundrechten?
- Anforderungen an eine staatliche Enteignungsmaßnahme
- Sole Effects Doctrine / Radical Police Powers Approach
- Der Schutz staatlicher Regulierungsinteressen nach X.11.3 CETA-Entwurf



Fazit

- Investitionsschutzrecht als eigenständiges Rechtsgebiet mit zunehmender Bedeutung
- CETA: genauere Handlungsanleitung für Schiedstribunale, dennoch verbleibt hoher Ermessensspielraum in der Interpretation
- Keine entwickelte Dogmatik der einzelnen Tatbestände
- Unabhängigkeit der Schiedsrichter? Schiedssprüche als Leitentscheidungen?
- Gemeinsame Rechtstraditionen als Vergleichsmaßstab und Standard
- Welches Problem: Sind CETA und TTIP überhaupt erforderlich?



Kontakt

thomas.trentinagila@jku.at

wirtschaftsrecht@jku.at

www.wirtschaftsrecht.jku.at

